Zahlungen zu beschleunigen, da hier über die Ungerechtigkeit der letzten Wirtschaftsbeihilfe sehr große Aufregung besteht.

Die badischen Eisenbahner sind vorgestern mit neuen Forderungen an die badische Regierung herangetreten und haben beim Finanzministerium eine sofortige Lohnerhöhung von 100 % verlangt.

Die Verständigung.

Aus Berlin schreibt man uns:

Aus Paris kommen Meldungen, daß die Verhandlungen über den Ersatz der versenkten Kriegsschiffe beendigt seien. Wir brauchen nur 200 000 Tonnen statt der verlangten 400 000 Tonnen abzuliefern. Diese ganzen Verhandlungen zeigen, daß es den Gegnern nur um eine neue Quälerei zu tun war. In der Scapa-Bucht sind deutsche Kriegsschiffe versenkt worden. Als Ersatz wurde Hafenbaumaterial beansprucht. Die Kriegsschiffe hätten sich dafür nicht verwenden lassen, ganz abgesehen davon, daß die Abrüstung doch zu den Aufgaben des sagenhaften Völkerbundes gehören sollte. Frankreich hat den vollen Triumph eingeheimst. Nun tritt es sich zu den Senatswahlen, deren Ergebnis heute schon zu übersehen ist. Am 17. Januar vereinigen sich Senat und Abgeordnetenkammer in Versailles als Nationalversammlung, um den Präsidenten zu wählen. Dieser wird Georg Clemenceau heißen. Schon mit Rücksicht darauf konnten die Franzosen die Verhandlungen nicht länger hinausschieben. Alles andere hat nur einstweilen untergeordnete Bedeutung. Clemenceau braucht zu seiner Wahl den Friedensschluß mit dem Hauptgegner.

Daß trotz dieses Friedens Europa und Asien noch an allen Ecken und Enden schwelen, daß aus dem Rauch immer wieder helle Flammen aufzüngeln können, wird den Jubel der Franzosen zunächst nicht beeinträchtigen. Das Erwachen kommt erst später. Tatsächlich handelt es sich ja garnicht um den Hauptfrieden. Alle osteuropäischen und kleinasiatischen Fragen sind noch unerledigt. England sieht mit Grauen, daß die bolschewistische Springflut nach Asien übergreift. Koltschak und Denikin haben versagt. In Sibirien setzen sich die Japaner fest, angeblich um Koltschak zu sichern, in Wahrheit aber, um China und die Mongolei zu umfassen. Nun versucht London die Verhandlungen mit Sowjet-Rußland in Kopenhagen wieder aufzunehmen. Dazu mögen die Briten Ursache haben, denn das Barometer steht überall auf Sturm. In Kleinasien hat der türkische Nationalheld Mustafa Kemel die Offensive gegen die Verbandstruppen begonnen. Das bedeutet noch nicht Sieg oder Niederlage, aber doch einen langwierigen Krieg. Immer schärfer offenbart sich der französisch-englische Gegensatz in Kleinasien. Wer soll Konstantinopel haben, dieses große Kriegsziel der Briten, auf das sie unter geschickter Deckung unentwegt losmarschieren?

*

Die endgültige Einigung.

Paris. Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welcher die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die Zerstörung der Flotte von Scapa Flow verlangte Marinematerial zugrunde liegen, wurde am Montag nachmittag dem Freiherrn von Lersner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen wurden im Prinzip ins Auge gefaßt.

Eine weitere Meldung besagt: Der Austausch der Friedensratifikations-Urkunden wurde auf **Sonnabend, 10. Januar, nachmittags** festgesetzt.

Laut „Echo de Paris" hat sich in der Sonnabendsitzung des Obersten Rates ein bedeutsamer Vorfall zugetragen. Der Botschafter der Vereinigten Staaten Wallace verlangte, daß die Beschlüsse des Obersten Rates zukünftig statt mit der Formel: „die alliierten und assoziierten Mächte", mit der Formel: die „alliierten Mächte" eingeleitet werden. Vertinay fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr offiziell an den gefaßten Beschlüssen teilnehmen wollen, aber sie werden trotzdem durch einen Gesandten in den Sitzungen vertreten sein. Wilson wird nicht nur von der Politik des Obersten Rates Kenntnis haben, sondern es wird auch nichts endgültiges beschlossen werden, ohne daß vorher seine Zustimmung erlangt worden ist.

In der Antwort der Verbündeten auf das deutsche Ersuchen um **Herabminderung der Besatzungstruppen** in den Abstimmungsgebieten heißt es: Durch die Nichtbeteiligung Amerikas sei diese Truppe schon um ein Viertel vermindert. An eine weitere Herabsetzung sei nicht zu denken.

Ohne Ursache beschwert sich die Entente in einer neuen Note über angebliche Truppenansammlungen in Schlesien. Die knappe militärische Belegung Oberschlesiens reicht nur auf das notdürftigste hin, um dort die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Denikins Ende.

Von einem genauen Kenner Rußlands wird uns geschrieben: Infolge der vollständigen Niederlage der russischen Freiwilligenarmee des Generals Denikin hat dieser samt seinem ganzen Anhang vorläufig ausgespielt. Es bleibt einerlei, ob er formell den Oberbefehl niedergelegt und ihn dem General Romanowski unter einem neugegründeten Komitee zur Wiederherstellung Rußlands übergeben hat, oder ob er nominell, wie eine spätere Meldung berichtigend feststellte, an der Spitze der südrussischen Regierung geblieben ist. Die vollständige Verdrängung seiner Truppen aus der Ukraine ist nur eine Frage von wenigen Wochen. Ob es ihm dann noch gelingen wird, wie im Frühjahre 1918 eine neue Armee zu organisieren, und noch einen „Befreiungsversuch" zu unternehmen, ist nicht einmal fraglich: weder Kubankosaken, noch die Bevölkerung am Don, noch die Ukrainer werden ein Wiedererstarken seiner Macht zulassen, auch wenn die Bolschewisten allein nicht imstande wären, seine reaktionären Bestrebungen niederzuhalten.

Die Wendung in Denikins Schicksal vollzog sich in kaum zwei Monaten. Am 31. August haben seine Truppen Kiew erobert und waren in der Richtung auf Moskau weit über die Stadt Orel vorgedrungen. Sechs Wochen später begann Denikins Rückzug und heute hat er nicht nur Kiew, Poltawa, Charkow und andere Städte geräumt, sondern seine Truppen fliehen in ungeordneten Scharen südwärts gegen das Schwarze Meer, dessen Ufergebiete von Aufständischen beherrscht werden. Cherson ist in der Hand von Aufständischen; Odessa ist von Nationalukrainern zerniert, Schmerinka, Winiza sind in den Händen des Petlura-Generals Howlenko. Weiter östlich wälzt sich in unaufhaltsamem Vormarsch die Rote Armee gegen Süden.

Wie war dieser Schicksalswechsel in so kurzer Zeit möglich? Denikin hatte genügend Truppen, wurde von England und Frankreich unterstützt, bekam genügend Munition und Ausrüstungsgegenstände und verfügte über erhebliche Geldmittel. In allen Ländern der Entente wurde für seine Armee die Werbetrommel gerührt, und er besaß mehr Offiziere als Bolschewisten und Nationalukrainer. Trotzdem erlitt sein Unternehmen Schiffbruch. Aus zwei Gründen: weil er ein reaktionäres Prinzip, die Wiedererrichtung des Zarismus vertrat, und weil er auf das erwachte Nationalbewußtsein der Ukrainer, Kuban- und Donkosaken keine Rücksicht genommen hat. Diese zwei Momente bewirkten eine Verseuchung seiner Armee und das Aufflammen von zahlreichen Aufständen in den Gebieten, die er besetzt hatte. Der Denikinsche Gedanke, der zur Wiederaufrichtung eines einheitlichen zentralistischen Rußland angewendet wurde, erkannte bald, daß er Vorspanndienste zur Wiederherstellung aller Übel des ehemaligen Rußlands leiste. Die Denikinsche Verwaltung nahm in den „befreiten" Gebieten alle Methoden der alten Barenzeit auf; die Großgrundbesitzer wurden in ihre alten Rechte eingesetzt, der Polizeistaat war wieder allmächtig, die Korruption blühte auf. Die autochthone Bevölkerung, die sich in drei Revolutionsjahren zu einem Bewußtsein persönlicher Würde durchgerungen hatte, wurde wieder unterwürfig allen Gewalten, die im Jahre 1917 vertrieben wurden. Sie erhob sich und setzte zunächst passiven Widerstand entgegen, brennach aber bekämpfte sie den „Befreier" Denikin mit der Waffe in der Hand. — Auf diese Weise hatten die Bolschewisten eigentlich leichtes Spiel. Die Freiwilligentruppen kämpften nicht, und die Bauern der Ukraine waren, obwohl dem Bolschewismus innerlich fremd, die Verbündeten der Roten Armee, weil sie in Lenin und Trotzki eine kleinere Gefahr als in Denikin und seinem Anhang erblickten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Spaltung des Roten Vollzugsrates in Berlin. In Berlin hat sich der Rote Vollzugsrat, der aus Unabhängigen und Kommunisten bestand, gespalten. Die Veranlassung zu der Spaltung bestand in unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten über das richtige Rätesystem.

Neue nutzlose Milliardenausgabe? Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Reichsregierung soll für das laufende Vierteljahr wieder eine Milliarde Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise zur Verfügung stellen wollen. Es bleibt abzuwarten, ob die Nachricht sich bestätigen wird. Herr Erzberger ließ allerdings in seiner jüngsten Stuttgarter Rede erkennen, daß er sich genügend als Herr der politischen Situation fühlt, um die Zustimmung des Kabinetts auch zu nochmaliger Milliardenaufwendung für Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen. Für die Zahlung der Lieferprämien an die Landwirte, damit Getreide und Kartoffeln schneller und in hinreichenden Mengen angeliefert werden, hat der Reichsfäckelminister kein Geld übrig. Hier müssen die Verbraucher ganz und gar die Last auf sich nehmen, den wesentlich erhöhten Preis in vollem Umfange tragen. „Zum Fenster hinaus" aber soll wiederum eine Milliarde an Reichsgeldern zwecks Druckes auf die Lebensmittelpreise hinausgeworfen werden, denn die mit solcher Maßregel erstrebte Wirkung ist ohne Zweifel im laufenden Vierteljahr ebensowenig zu erzielen, wie vordem. Nur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch den Anreiz ausreichender Höchstpreise kann der ständig wachsenden Teuerung einen Riegel vorschieben und sie allmählich mildern. Diese Erkenntnis hat selbst in den Reihen der Sozialdemokraten Eingang gefunden.

Das erste polnische Schiff in Danzig. Am Sonnabend lief der erste polnische Frachtdampfer in den Hafen von Neufahrwasser ein. Es ist dies der Dampfer „Cosciuszko", ein neuerbautes Schiff der polnisch-amerikanischen Seeschiffahrtsgesellschaft von 7300 Tonnen, das von Newyork kam.

Schlechte Getreideeingänge. Der Berliner Magistrat schreibt: Die Zufuhr von Getreide nach der Reichsgetreidestelle ist seit Mitte November durchaus ins Stocken gekommen. Ob die neue Getreidelieferungsprämie ihre Zugkraft sofort ausüben wird, zumal sie auf eine schleunige Lieferung nicht eingestellt ist, steht keineswegs fest. Die Reichsgetreidestelle besitzt zur Zeit einen Vorrat, der noch auf ungefähr 14 Tage oder bei Hinzurechnung gleicher Eingänge wie die jetzigen noch wenige weitere Tage ausreicht, sodaß wenn man die Vorauslieferungen der Kommunen mit berücksichtigt, die Reichsgetreidestelle Anfang Februar leer sein würde.

Lohnbewegung in der Elektrizitätsindustrie. Die Angestellten der Berliner Elektrizitätsindustrie stehen in einer Lohnbewegung. Sie verlangen einen Mindestlohn von 400 Mark für kaufmännische, von 450 Mark für technische Angestellte. Die Verhandlungen sollen in dieser Woche beim Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Die Reichswehr hatte am 1. Januar einen Bestand von 180 000 Mann. Dieser wird monatlich derart herabgemindert, daß am 1. April die im Friedensvertrag vorgesehene Stärke erreicht sein wird. Die Zeitfreiwilligen werden drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages restlos entlassen werden.

Hauptmann von Kessel wieder verhaftet. Hauptmann von Kessel, gegen den beim Gericht des Garde-Auflösungs-Stabes 1 ein Verfahren wegen Meineides, Anstiftung zur unerlaubten Entfernung und Herausforderung zum Zweikampfe schwebt, wurde gestern erneut in Haft genommen.

Der Prozeß gegen den Mörder Eisners. Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: In dem Strafverfahren gegen den Grafen Arco Valley wegen Mordes ist der Termin zur Hauptverhandlung von dem Volksgericht München 1 auf den 15. Januar 1920 anberaumt. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal statt.

Berufung im Prozeß Hiller. Nach den Abendblättern hat im Prozeß Hiller der Kommandant von Berlin als Gerichtsherr Berufung im Falle Heimhake eingelegt.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Die „Deutsche Tageszeitung" meldet, daß die Generalversammlung des Bundes der Landwirte am 17. Februar, mittags 12½ Uhr, im Zirkus Busch in Berlin stattfindet.

Angestelltenstreik in Eisenach. Wegen abgelehnter Tarifforderungen traten in Eisenach sämtliche Privatangestellten-Verbände in den Generalstreik. Die Streikenden haben das Personal des Kleinhandels zum Streik aufgefordert und ihm ein Ultimatum von 48 Stunden gestellt. Man hofft zu erreichen, daß innerhalb dieser Zeit sämtliche Ladengeschäfte in Eisenach geschlossen werden. Die Arbeiterschaft hat den Streikenden ihre Unterstützung zugesagt. Lebenswichtige Betriebe sind vom Streik ausgeschlossen worden.

Ein 280-Milliardenkredit zur Rettung Europas. Nach Meldungen aus London wird der Vertreter Englands für Finanzfragen Sir Basil, der jetzt in Amerika angekommen ist, tatsächlich einen Kredit von 280 Milliarden Francs zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa verlangen. Er schlägt vor, internationale Obligationen in der genannten Höhe auszugeben, für die die Mitglieder des Völkerbundes Garantie leisten sollen. Die Obligationen sollen vier Prozent Zinsen tragen. Ein Prozent soll amortisiert werden, die Rückzahlung in 40 Jahren erfolgen. Basil glaubt, England werde eine Garantie für 40 Milliarden Francs leisten. 80 Milliarden dieser Anleihe sollen für den Ankauf von Rohmaterialien verwendet werden, 80 Milliarden für den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden. Der Rest soll dazu dienen, die ausländischen Anleihen zurückzuvergüten. Er glaubt ferner, daß die von ihm vorgeschlagene Operation automatisch den normalen Stand des Wechselkurses wiederherstellt.

Vom neuen Großschiffahrtsweg Ostsee-Elbe. In Wiederaufnahme eines alten Planes wird man demnächst von der Ostsee bei Wismar unter Benutzung des langgestreckten Schweriner Sees und der Wasserstraßen von Stör und Elbe eine Verbindung von der Ostsee durch Mecklenburg hindurch nach der Elbe und somit nach Mitteldeutschland schaffen. Der Plan soll auf Betreiben des Ostsee-Kanalbauvereins in Wismar zur Ausführung gebracht werden. Es wird durch diesen Plan bezweckt, Mecklenburg an die Binnenwasserstraßen Deutschlands und an die Ueberseeschiffahrt anzuschließen und den Handel und die Landwirtschaft von Mecklenburg zu fördern. Der neue Kanal nimmt seinen Ausgangspunkt an der Stör bei Dömitz, verfolgt die Elbewasserstraße nach dem Schweriner See, durchquert diesen in der Längsrichtung und endet bei Wismar in die Wismarer Bucht und durch diese in die Ostsee. Die Strecke des neuen Großschiffahrtsweges hat eine Gesamtlänge von 110,2 Kilometer, das Gefälle soll durch 11 Schleusen überwunden werden. Die Ausführung des Kanals soll zunächst für 600- bis 700-To.-Schiffe erfolgen, aber in der Form, daß eine spätere Erweiterung für 1000-To.-Schiffe ohne Betriebsstörungen möglich ist. Hafen- und Umschlagsanlagen in Verbindung mit den neuen Großschiffahrtsweg kreuzenden Eisenbahnen sind vorgesehen, zum Teil sogar vorhanden. Die Kosten sind auf insgesamt 25 000 000 Mark veranschlagt.

Bulgarien.

Königsfeindliche Kundgebungen. Die Genfer „Suisse" meldet, daß die letzten Unruhen in Sofia königsfeindlichen und republikanischen Gepräges waren. — Nach Meldungen aus Belgrad weigert sich Bulgarien, Serbien die Lokomotiven zu liefern, die es nach dem Friedensvertrag von Neuilly abzugeben habe.

Frankreich.

Frankreichs Nationalschuld. Frankreich hat eine Nationalschuld von 207 Milliarden Franken.

Rußland.

Eine Neujahrsproklamation der Sowjetregierung. Der Berliner „Vorwärts" veröffentlicht eine Neujahrsproklamation der Sowjetregierung an das russische Volk, in der es u. a. heißt: Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen, und es hat die Macht der Sowjets noch mehr gefestigt. Weiter heißt es: In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus ertönt der Ruf nach Aufstellung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen, und die Macht der Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt erstrecken. Es lebe das Revolutionsjahr 1920.

Der Vormarsch auf Kiew. Wie aus Moskau gemeldet wird, setzen die Bolschewisten ihren Vormarsch auf Kiew fort.

Mangel an Rohmaterial. Nach einem Telegramm aus Helsingfors meldet „Krasnoje Gazetta", daß in allen großen Fabriken Petersburgs die Arbeit wegen Mangel an Rohmaterial eingestellt sei.

Amerika.

Die bolschewistische Propaganda in Amerika. Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht, daß das Justiz- und Polizeidepartement auf seinen Listen die Namen von über 60 000 Extremistenführern hat und daß in der nächsten Zeit weitere Verhaftungen vorgenommen werden.

Japan.

Aufstand in Korea. Die „Chicago Tribune" veröffentlicht Nachrichten, wonach in Korea ein Aufstand gegen die japanische Regierung ausgebrochen ist.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 7. Januar 1920.

—* **Lebensmittelverteilung.** Wie aus der Bekanntmachung in vorliegender Nummer ersichtlich, kommt vom Freitag, den 9. Januar ab auf Abschnitt 108 der grauen und gelben Nährmittelkarte 1 Gerstensuppe oder Rheinische Suppe oder Kartoffelsuppe mit Möhren oder Weißkohl, auf Abschnitt 108 der roten und grünen Nährmittelkarte 1 Weizengrieß, sowie auf Abschnitt 91 der gelben Warenbezugskarte Marmelade zur Verteilung.

—* **Ein Kraftwagen gestohlen.** Am 31. Dez. v. J., abds. gegen 7 Uhr, ist, wie erst jetzt bekannt wird, aus dem Heeresgerätesschuppen 11 der hiesigen Pionierkaserne mittels Nachschlüssels ein viersitziger und feldgrau gestrichener Personenkraftwagen im Werte von etwa 30 000 Mk. gestohlen worden. Der Täter ist mit dem Auto in einem übermäßig schnellen Tempo aus dem Kasernenhof und die Kirchbachstraße entlang gefahren und hat wahrscheinlich die Richtung nach Oschatz—Leipzig oder Meißen—Dresden eingeschlagen. In dem Benzinbehälter haben sich vermutlich nur noch zwei Liter Betriebsstoff befunden, sodaß der Täter mit dem Kraftwagen nur eine kurze Strecke hat zurücklegen können und vermutlich den Kraftwagen irgendwo eingestellt oder sich auf irgend eine Weise Benzin verschafft hat. Das Auto ist ohne Licht gefahren und hat keine Polizeinummer geführt. Es ist ein „Presto"-Wagen von 9/25 PS. Der Motor trägt die Nr. 346, die vermutlich auf dem Motor aufgeschlagen ist. Die Räder waren mit Gummibereifung 815×105 versehen; außerdem war der Wagen mit zwei Reserve-Gummibereifungen ausgerüstet. Etwaige sachdienliche Mitteilungen werden an die Polizei erbeten.

—* **Das Unterrichtsministerium und die Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild.** In jüngster Zeit hat sich vielerorten die Jugend zur Abwehr sittlicher Gefahren, die unser Volksleben bedrohen, besonders zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, in Vereinigungen zusammengeschlossen. — Das Ministerium begrüßt diese Jugendbewegung, wie aus einer erlassenen Verordnung hervorgeht, als Zeichen beginnender Erneuerung des inneren Volkslebens und spricht die Erwartung aus, daß die Direktionen der staatlichen wie nichtstaatlichen höheren Schulen, die Bezirksschulämter und die Schulgemeindevertretungen solche Bestrebungen, dafern sie sich auf den angegebenen Zweck beschränken und jede Art politischer Betätigung ausschließen, tatkräftig unterstützen.

—* **Die Verkaufspreise des Niedersächsischen Kohlensyndikates** sind auf Grund des Beschlusses des Reichskohlenverbandes vom 28. November v. J. und der Entscheidung des Reichswirtschaftsministers mit Wirkung vom 1. Dezember 1919 wie folgt erhöht: Förderkohle 9,— M., Schmiedekohle 11,40 M., gewaschene Nußkohle 11,40 M., Brechkoks 18,50 M., Stückkoks 13,50 M., Perlkoks 16,50 M., Briketts 11,— M. je Tonne. Alles einschließlich jetzt gültiger Kohlen- und Umsatzsteuer.

—* **Die Auslieferung von Sachsen an den Völker-Gerichtshof.** Wie ein Regierungsvertreter den Pressevertretern gegenüber erklärt, ist die sächsische Regierung keineswegs geneigt, zur Auslieferung der Kriegsschuldigen zu schweigen. Auch sie steht auf dem Standpunkt, daß die Angeklagten nur von einem deutschen Gericht abgeurteilt werden können. Es ist selbstverständlich, daß bei einem Zusammensein mit Vertretern der Reichsregierung keine Gelegenheit vorübergeht, in der diese Frage nicht gemeinsam besprochen wird. Vereinbarungen zwischen Sachsen und dem Reich sind jedoch nicht getroffen worden. Ehe die sächsische Regierung positive Maßnahmen ergreifen kann, müssen ihr Zahl und Namen der Auszuliefernden bekannt sein. Dies ist aber gegenwärtig noch nicht der Fall.

—* **Verhandlungen mit den sächsischen Eisenbahnern.** Am Montag haben auch in Dresden Verhandlungen der sächsischen Eisenbahner mit der Generaldirektion der Staatseisenbahnen wegen Erhöhung der Löhne und Gehälter begonnen. Die Verhandlungen haben, wie wir hören, bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt, jedoch ist offenbar eine Einigung zu erwarten. Uebrigens hat Ministerpräsident Dr. Gradnauer jüngst einer Abordnung von Beamten erklärt, die Regierung erkenne die Notlage der Beamten an und werde der Volkskammer gleich nach ihrem Wiederzusammentritt eine Vorlage hierüber zugehen lassen. Auch in Sachsen müßte natürlich ein Ausgleich für die Mehrausgaben durch Erhöhung der Personenfahrpreise und der Gütertarife herbeigeführt werden.

— **Der Elektrizitätsverband Grödel** hält am Donnerstag, den 15. Januar, vorm. 10 Uhr im Schützenhause zu Döhlen eine Verbandsversammlung ab, in der die